Was noch weiter anzumerken ist...

Autor(en): **Vontobel, Werner**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **80 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341670

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Was noch weiter anzumerken ist...

Bei Redaktionsschluss lagen Werner Vontobel die Texte der AutorInnen Jaun, Sommaruga, Strahm und Gaillard für eine Dublik vor.

(Anm. der Redaktion)

Dorothee Jaun führt aus, dass 40 Prozent der Steuerpflichtigen ein Reineinkommen von weniger als 40 000 Franken pro Jahr und praktisch kein Vermögen haben

Duplik von Werner Vontobel

und deshalb für zusätzliche Freizeit bei entsprechend tieferem Lohn schwerlich zu begeistern sein dürften. Ferner argumentiert sie, dass die Konsumausgaben dieser Leute nicht oder nur unwesentlich davon abhängen, ob es der Wirtschaftspolitik gelingt, Zuversicht zu verströmen und die Konsumentenstimmung zu heben.

Das dürfte richtig sein, entkräftet aber meine Argumente nicht. Der Grund dafür liegt in den relevanten Grössenordnungen: Ob die Beschäftigung in der Schweiz stabil ist oder ob wir mit steigenden Arbeitslosenzahlen rechnen müssen, hängt nämlich von ganz wenigen Prozentpunkten des BIP ab. 0 Prozent Wachstum bedeutet Flaute, 2 Prozent Wachstum gelten bereits als Vorstufe zur Hochkonjunktur oder Überhitzung. Die möglichen Konsumschwankungen sind aber selbst bei solchen Haushalten wesentlich grösser, die nahe am Existenzminimum liegen und deren Ausgaben (Mieten, Krankenkasse usw.) kurzfristig kaum verändert werden können. Doch gerade die Tatsache, dass die Einkommen ungleich verteilt sind, vergrössert die Anfällgkeit des Konsums in Bezug auf Stimmungsschwankungen, denn je knapper die einen bei Kasse sind, desto mehr haben die andern und umso grösser ist die konjunkturelle Schwankungsbreite insgesamt. Der Beschäftigung ist es egal, woher die Nachfrage kommt, bzw. wo sie fehlt.

Richtig ist auch, dass bei einem Einkommen von 40 000 Franken ein Tausch von Lohn gegen Freizeit die Lebensqualität nicht unbedingt verbessert und dass deshalb in diesen Bevölkerungskreisen wenig zusätzliche Nachfrage nach Freizeit mobilisiert werden kann. Doch auch dieser Einwand ändert nichts an der Tatsache, dass die Arbeit immer knapper wird. Selbst im Verlauf des Krisenjahrzehnts der neunziger Jahre etwa haben wir ein im wesentlichen unverändertes Bruttosozialprodukt pro Kopf mit durchschnittlich 7 Prozent weniger Arbeitsstunden pro Kopf hergestellt.

Der Rückgang der Arbeitszeit pro Kopf kam dabei per saldo ausschliesslich dadurch zustande, dass die Zahl der Teilzeitstellen gegenüber den Vollzeitstellen abgenommen hat. Diese werden immer noch vorwiegend von gut verdienenden Männern besetzt, die ihre jährliche Arbeitsleistung von annähernd 2000 Stunden eher noch gesteigert haben. Vorsichtig geschätzt dürften etwa zwei Drittel

aller bezahlten Arbeitsstunden von Leuten geleistet werden, die ihre Lebensqualität und die ihrer Familie mit ein wenig mehr Freizeit und entsprechend weniger Lohn sehr wohl verbessern könnten. Davon – bzw. von der entsprechenden zusätzlichen Nachfrage nach ihrer Arbeit – profitieren wiederum vor allem die Arbeitskräfte, die Frau Jaun zu Recht besonders am Herzen liegen.

Dorothee Jaun, Rudolf Strahm und Serge Gaillard betonen die Notwendigkeit der Umverteilung und sehen diese als Alternative zu einer Politik der Nachfragesteuerung. Ich kann hier keinen Gegensatz erkennen. Eine hohe Güternachfrage, kombiniert mit einem sinkenden Angebot an Arbeitsstunden, stärkt tendenziell die Stellung der Arbeitnehmer. Dies führt – wiederum in der Tendenz – zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen und längerfristig auch der Vermögen. Selbstverständlich wird ein besseres Gleichgewicht der Marktkräfte nicht alle Ungerechtigkeiten beseitigen. Es wird aber dazu führen, dass das zur Erzielung einer bestimmten Verteilungsgerechtigkeit notwendige Mass an staatlicher Umverteilung geringer wird und deshalb politisch leichter durchgesetzt werden kann.

Werner Vontobel ist Ökonom und Mitglied der Geschäftsleitung der Wirtschaftszeitschrift «Cash», Zürich.